

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr

Nr. 33 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 15. August 1931

### Neue Beunruhigung der Bauwirtschaft?

Die heutige Wirtschaftskrise kann als ein gewisser Abschlußzeitraum von zwei verschiedenen Wirtschaftsbetrachtungen angesehen werden. Die allgemeine vorkriegszeitliche Wirtschaftsbetrachtung war ausgesprochen kapitalistisch, d. h. auf den Nutzen derer eingestellt, die die Wirtschaftsgeräte und das Del der Wirtschaft, das Kapital zur Verfügung stellten. Die ab den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stärker in die Erscheinung getretenen Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft, die sich dann zu zentralen Gewerkschaften auswuchsen, waren das natürliche Aufhäumen der vom Wirtschaftsertrag ausgeschlossenen schaffenden Hand. Die Kriegszeit zwang dazu, alle Sonderbestrebungen der Wirtschaftskräfte dem Zweck der Staatsverteidigung unterzuordnen. Die 12 Jahre der Nachkriegszeit brachten je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine stärkere Betonung des kapitalistischen Wirtschaftsgedankens oder des auf gerechtere Verteilung des Wirtschaftsertrages bedachten solidarischen Wirtschaftsdenkens. Sozialismus ist nur in einer kurzen Epoche des Jahres 1919 zu spielen versucht worden.

Der Krieg hatte mit dem Einlegen von Gut und Blut die denkbar gegenständigste Solidarhaftung aller Staatsbürger für den gemeinsamen Staat und die gemeinsame Volkswirtschaft gebracht. Die daraus sich ergebende Solidarverpflichtung, als nicht mehr gekriegt, sondern wieder gearbeitet werden mußte, bestand in der Ueberleitung der durch den Krieg zerstörten Arbeitsverhältnisse in die produktive Wirtschaft und der für eine Zwischenzeit gezahlten Unterstützung, die den Namen Arbeitslosenunterstützung erhielt. In Wirklichkeit war diese Unterstützung ein Unterhaltsbetrag des Staates an alle diejenigen, die durch Kriegsfolgen von der persönlichen Bestreitung ihrer Existenz abgetrennt waren. Immerhin hat diese Vorstufe der heutigen Arbeitslosenversicherung viel dazu beigetragen, daß auch in Nichtarbeitsfreien ein anderer Begriff über das unverschuldete Arbeitsloseneindenzog. Im Kriege war auch die Solidarhaftung aller für alle durch die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel, der Bekleidung und schließlich des Wohnraumes notwendig geworden. Mit Wiedervorhandensein der Bedarfsgüter des täglichen Lebens wurde der größte Teil dieser Zwangswirtschaft überflüssig. Geblieben ist eine gewisse Zwangswirtschaft im Baugewerbe und in der Wohnungsbewirtschaftung. Es ist hier nicht der Raum, ausführlicher grundsätzlich zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Der soziale Gedanke, daß das Unterkunftsrecht des einzelnen nicht durch unverschuldete Not oder durch Schikane des Hauseigentümers in Gefahr gebracht werden darf, hat auch in solchen Kreisen Eingang gefunden, die sich früher mit diesen Dingen nicht beschäftigten und nicht zu beschäftigen brauchten. Er wird später in geeigneter Form seinen entsprechenden Ausdruck finden müssen.

Das Unternehmertum bekämpft aus grundsätzlichen Anschauungen jede Bindung in wirtschaftlichen Fragen. Das liegt im Wesen des alten Wirtschaftsliberalismus. Der organisierte Hausbesitz und auch weite Kreise des Bauunternehmertums — diese allerdings in der Regel als Haus- und Grundbesitzer — daneben die auf dem wirtschaftlichen Individualismus aufgebauten politischen Parteien treten für eine, von jeder staatlichen Bindung befreite Bau- und Wohnungswirtschaft ein. Also: hinweg mit der Hauszinssteuer, hinweg mit der staatlichen Bewirtschaftung des Allwohnraumes, hinweg mit dem Mieterschutz, hinweg mit der Verwendung von Hauszinssteuermitteln zum Wohnungsbau.

Daß diese Gedanken schon immerhin Erfolg gehabt haben, beweist sich aus der vorjährigen Abziehung der Hauszinssteuermittel vom Wohnungsbau. Es ist nicht möglich, in diesem Zusammenhang die sozialen Nachwirkungen für die Arbeiterschaft zu besprechen. Welche Wirkung der plötz-

liche Entzug von Geldmitteln bei einem Gewerbebezweig hat, sehen wir an dem katastrophalen Rückgang der Bautätigkeit. Es darf nicht übersehen werden, daß diese vom Staat erfolgte Einschränkung der Mittel für Bauzwecke notwendigerweise abführend auf alle anderen Baulustigen gewirkt hat. Man sagte sich, an den Darlegungen einer gewissen Presse, bei den immer wiederholten Anträgen der Hausbesitzervereine muß etwas Wahres sein, es muß doch wohl schon genügend Wohnraum vorhanden sein, sonst würde die Regierung nicht von der jahrelang geübten Baupolitik so kräftig abweichen. Wirkung: Auch diejenigen Kreise, die ohne Hauszinssteuer bauen wollten, unterließen dies. — Die Reichsregierung glaubte weiter, durch Realsteuerentlastung Wirtschaftskapital an anderen Stellen zu schaffen. Das ist vorbeigelungen. Sie hat sich also psychologisch und wirtschaftlich verrechnet.

In ungezählten Eingaben und Vorstellungen ist unsererseits versucht worden, die Folgen dieser staatlichen „Wohnungsbaupolitik“ abzumildern, und für einen neuen Auftrieb der Bauwirtschaft die politischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Arbeitslosenzahlen reden nachgerade eine so wichtige Sprache, daß auch Leute, die sich einer dicken Haut rühmen, nicht mehr an ihnen vorbei können. Auch das Unternehmertum im Baugewerbe, das zunächst aus der Verringerung der Bautätigkeit mit Recht am Rückgang der Baustoffpreise sich neue Hoffnungen machen konnte, und das sich die Möglichkeit des Lohnbruders nicht entgehen ließ, kommt nunmehr in eine Krise hinein, deren Endwirkung der glatte wirtschaftliche Ruin sein muß. Für einige Monate, selbst für einen noch etwas längeren Zeitraum läßt sich die Beschäftigungslosigkeit von Maschinen, die Beschäftigung des technischen Personals mit Projekten usw. ertragen, dann aber muß die in jedem Baubetriebe investierte und zu verzinsende Kapitalmenge zum unweigerlichen Selbstauflöser des Betriebes führen. — Die wirtschaftlichen Vereinigungen des Baugewerbes und ihre sozialpolitischen Einrichtungen, die Arbeitgeberverbände, auch die Fachverbände und Innungen bemühen sich jetzt, stärker der Öffentlichkeit die Wirkungen der bauwirtschaftlichen Drohsituation klarzumachen. Auch in Kreisen der Behörden scheint es langsam zu dämmern, daß etwas getan werden muß. So enthielten kürzliche Ausführungen des preussischen Wohlfahrtsministers Hirtzfelder im Rundfunk über die Wohnungswirtschaft die bemerkenswerte Erklärung, daß in Wohnungsverbesserung und im Wohnungsneubau, grundlegend besonders im Siedlungsgedanken noch Wesentliches getan werden müsse. Auf einer Tagung des deutschen Zimmermeisterverbandes in München jagte als Vertreter der bayrischen Landesregierung Herr Staatsrat Mantei, daß wieder mehr öffentliche Mittel der Bauwirtschaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Solche Bekenntnisse der mit dem Wirtschaftsleben enger verflochtenen Landesvertretungen dürften auch der Reichsregierung immerhin Fingerzeige geben, daß Festgesetzte in noch kein Festgesetzte bleiben müssen zu bedeuten braucht. Allerdings wollen wir zu den obigen zwei Stimmen und auch zu den verschiedenen Ausführungen anderer maßgebenden Stellen ein ganz deutliches Wort sagen: mit der Zeit werden alle diese Verträge von der Bauarbeiterschaft als Verhöhnungen empfunden. Das muß endlich psychologisch verstanden werden.

Die Reichsregierung soll zur Zeit an einem umfangreichen Wirtschaftsprogramm beraten. Nach Meinung der Freiwirtschaftler soll ja die Schuld an der heutigen Wirtschaftskrise durch die zu große staatliche Bevormundung der Wirtschaft entstanden sein. Die in den letzten Wochen erfolgten Zusammenbrüche von wirtschaftlichen Unternehmungen, in deren Auswirkung die große Staats- und Geldkrise hereinbrach, haben aber den Beweis von Unfähigkeit,

Verwundung und teilweise auch Korruptheit einer durch niemanden kontrollierten Privatwirtschaft gebracht. Und wenn diese Privatwirtschaft sich die Hilfe des Staates gefallen läßt, siehe Stützung der Danatbank, siehe 300 Millionen RM. Beteiligung des Reiches an der Dresdner Bank, siehe die Vorauszahlung von noch nicht bekannten Aufträgen an Borzig, siehe die Subventionierung von Werften, des Mansfelder Bergbaues, der Siegerländer Eisensteingewinnung u. a., dann muß man sich schon auch eine gewisse Kontrolle durch den Geldgeber gefallen lassen. Kontrolle der Wirtschaft durch die Beamtenbürokratie muß abgelehnt werden. Die Formen aber, wie die Allgemeinheit die Verwendung eines Wirtschaftskapitals, daß doch letzten Endes aus der Arbeit entstanden ist, kontrolliert, ohne daß die schöpferische und unternehmerische Initiative unterbunden wird, müssen sich finden lassen.

Bei dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung soll auch die Hauszinssteuer eine gewisse Rolle spielen. Die Tendenzpresse redet teils von Mietensenkung, teils von Sanierung der Ländersinnungen aus Hauszinssteuermitteln. Beides wäre mit dem Zweck dieser Steuer unvereinbar. Die Sanierung der Länder und Gemeinden wird nur erfolgen, wenn in entschiedenerer Weise als bisher gegen die Ueberbelegung und Ueberbezahlung in den Verwaltungen vorgegangen wird. Die Hauszinssteuer kann in der heutigen Form nicht ewig bleiben. Ein rechtzeitiger Umbau auf eine Bodensteuer oder Wohnraumsteuer — also auch für Nichtmieter — oder eine irgendwie geartete, die jetzige hypothekarijche Beleihung nicht störende Staatshypothek müssen vorbereitet bzw. gefunden werden. Dringend warnen müssen wir aber vor Ueberstürzungen und vor Neuerungen, die eine nochmalige Störung der Bauwirtschaft nach sich ziehen können. Die Regelung dieser Fragen, die in so enger Verbundenheit mit dem größten deutschen Wirtschaftszweig, der zudem zur Zeit am stärksten unter der Krise leidet, kann nur nach eingehender Rücksprache mit den berufenen Vertretungen im Baugewerbe erfolgen. Herr Reichskanzler, Herr Reichsfinanzminister, Herr Reichswirtschaftsminister, Herr Reichsarbeitsminister: Wir melden uns an!

### An den Reichsfinanzminister

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Juli ging zunächst dahin, daß die bauergewerbliche Arbeitstätigkeit in diesem Hochsommermonat kein Ansteigen mehr verzeichnen konnte. Nach Erlaß der Zulimotverordnungen, die durch die Kapitalflucht und die leichtfertige Kapitalverwirtschaftung von Konzernen und Banken verursacht war, tritt ein merkbarer Rückgang der Bautätigkeit in die Erscheinung. Durch die Diskonterhöhung wird die Beschaffung von Zwischenkrediten verteuert und sind schon eine Reihe von begonnenen Bauten stillgelegt, neue Bauten werden nur sehr zaghaft begonnen. Bewunderlicherweise sind auch behördliche Aufträge weiter eingeschränkt, und bereits vorgelegene Arbeiten zurückgezogen. Wie weit das Reichsfinanzministerium direkt oder indirekt diese Tatsachen zu vertreten hat, läßt sich in den wenigsten Fällen haarig nachweisen. Tatsache bleibt jedenfalls, daß die im vorigen Jahre vom Reichsfinanzministerium forcierte Einschränkung der Mittel zum Wohnungsbau auch bei den anderen Bauauftraggebern zu einer Hemmung des Bauwillens den jugendlichen Anstoß gegeben hat.

Unser Verband hat in Gemeinschaft mit den beiden freigewerkschaftlichen Bauarbeiterorganisationen am 31. Juli eine neue Eingabe an den Reichsminister der Finanzen gerichtet, in der diesem die Wirtschaftslage im Baugewerbe erneut vor Augen geführt und eine entsprechende Rücksichtnahme bei allen finanziellen Maßnahmen zugunsten der Bauwirtschaft gefordert wird.

Die Eingabe nennt die Krise am Bauparkt eine nationale Katastrophe. Während schon im Vorjahre ein Rückgang der Bautätigkeit um 25 bis 28 Prozent zu konstatieren war, ist in der ersten Hälfte des laufenden

Jahres nochmals ein Abfall eingetreten, der mit etwa 40 Prozent zu beziffern ist. Die Arbeitslosigkeit in den bauergewerblichen Arbeiterorganisationen ergibt zum Ende Juni der letzten drei Jahre folgende Ziffern:

	1929	1930	1931
Im Bauergewerksbund	9,7%	38,8%	55,3%
Im Zentralverband d. Zimmerer	11,3%	37,9%	60,7%
Im Zentralverband christl. Bauarbeiter	14,5%	42,4%	60,9%

Mit Recht verweist die Eingabe darauf, daß die letzten steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen dieser Tatsache zum Hohn bei der Krisensteuer das momentane nominelle Einkommen voll erfassen und die Steuerrückstattung bei Arbeitslosigkeit ausschließen, daß die unter den Begriff „Saisonarbeiter“ im Hochsommer arbeitslosen Bauarbeiter bei der Arbeitslosenunterstützung für das ganze Jahr mit niedrigen Sätzen abgefunden werden. Nochmals wird dem Reichsfinanzminister die durch die Entziehung der Hauszinssteuermittel vom Wohnungsbau von ihm verschuldete gemaltige Einschränkung der Bautätigkeit ins Gedächtnis zurückgerufen. Notwendigerweise muß die Arbeitslosigkeit von 600 000 Bauarbeitern auch zu einem Problem für die Wohlfahrtskosten werden und damit zu einem öffentlichen Problem im weitesten Sinne des Wortes.

Die an die vorjährige Aenderung der Höhe der Zuschüsse zur Bauwirtschaft geplanten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Weder der Rückgang der Baustoffpreise noch die Senkung der Bauarbeiterlöhne haben zu einer

Steigerung oder auch nur Aufrechterhaltung der Bautätigkeit geführt. Für die im vorigen Jahre gesenkten Realsteuern wurden den Gemeinden die dem Baugewerbe entzogenen Hauszinssteuermittel überlassen. Die Hoffnung, daß die ersparten Realsteuerbeträge als Guthaben bei den Sparkassen und Hypothekenbanken der Wirtschaft und damit im weiteren Umlauf auch der Bauwirtschaft wieder zur Verfügung ständen, haben sich nicht erfüllt. Die weitverbreitete irrtümliche Ansicht, das Baugewerbe beanspruche vom verfügbaren Wirtschaftskapital einen zu großen Teil, wird durch die Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschungen widerlegt. Dem Rückgang der industriellen Produktion im Jahre 1930 von durchschnittlich 17 Prozent steht ein Rückgang der bauergewerblichen Produktion von 28 Prozent gegenüber; im Laufe dieses Jahres hat sich dieses Mißverhältnis noch erhöht. Die vermeintliche Fehlerquelle hat man verstopft; der Fehler ist geblieben.

Die Diskont- und Bankschwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit treffen besonders das Baugewerbe, das bei seiner Tätigkeit gezwungen ist, vor entsprechenden Fertigstellungsterminen, wo die Hypothekenbeleihung eintritt, mit den teuren und jetzt unerhört verteuerten Zwischenkrediten — zu arbeiten. Die Eingabe fordert daher vom Reichsfinanzminister, die Gemeinden und die sonstigen Träger des Wohnungsbaues unverzüglich instandzusetzen, dem Baugewerbe Aufträge zuzuführen und schließlich mit dem Hinweis, daß eine aktive Konjunkturpolitik mit der Wiedererlangung des Baugewerbes eingeleitet werden muß.

bild fast allgemein angenommen wurde. Wenn der Vorschlag auch in seiner ursprünglichen Form angenommen worden wäre, dann wäre das noch keine Lösung der Tributfrage, sondern höchstens der Anfang dazu gewesen. Die politische Bedeutung soll aber auch nicht unterschätzt werden. Sie ist in mehrfacher Beziehung recht groß. Näher darauf einzugehen ist in diesem Zusammenhang aus raumtechnischen Gründen leider nicht möglich. Am größten jedoch ist die psychologische Bedeutung des Hoover'schen Vorschlages. Das zeigt schon die Tatsache, daß unter dem ersten Eindruck desselben an der Börse Industripapiere stark anzogen. Daraus läßt sich freilich auch ersehen, wie stark das Tributsystem die Wirtschaft lähmt und hemmt.

Den besten Einblick in das internationale Schuldensystem und in das Tributsystem dürfte nachfolgende Aufstellung vermitteln. Zu beachten ist aber, daß es sich dabei nur um Staatsschulden oder — wie es im Hoover'schen Vorschlag heißt — um Regierungsschulden handelt.

Auf Grund getroffener Vereinbarungen hat Amerika zu fordern von:

Großbritannien . . .	18,4 Milliarden Mark,
Frankreich . . . . .	16,1 Milliarden Mark,
Italien . . . . .	8,0 Milliarden Mark,
Belgien . . . . .	1,7 Milliarden Mark,

44,2 Milliarden Mark.

Deutschland hat nach dem Youngplan 35 Milliarden Mark (Gegenwartswert) zu leisten. Das sind 80 Prozent der Schuldschulden der europäischen Siegerstaaten an Amerika. England wiederum hat an den europäischen Kontinent Forderungen in Höhe von etwa drei Viertel der Summe, die Amerika von Europa zu fordern hat, nämlich 31,760 Milliarden, wovon Frankreich allein 14,028 Milliarden Mark schuldet.

Die Annuitäten (Jahreszahlungen), die auf diese Summen zu leisten sind, sind durch Abkommen festgelegt. Nach dem Youngplan betragen sie für Deutschland für das Leistungsjahr 1931/32 1,685 Milliarden Mark, wovon 1,025 Milliarden transfergepflegt (transferieren = überweisen oder übertragen) und 660 Millionen Mark ungeschützt sind. Ferner entfallen von der Jahreszahlung auf die Dawesanleihe 88,5, auf die Younganleihe 90 und auf Sachlieferungen 700 Millionen Mark. Der von Amerika vorgeschlagene Zahlungsausschub, der mit dem 1. Juli wirksam geworden ist, hätte einen Betrag von 1,697,5 Millionen Mark freigemacht, da die einjährige Dauer in das Leistungsjahr 1932/33 hinübergegriffen hätte, für das eine Jahreszahlung von 1,738 Milliarden Mark vorgesehen ist. Der Aufwand für die Dawes- und Younganleihe in Höhe von 178,5 Millionen Mark und für laufende Sachlieferungen wäre allerdings davon noch abgegangen.

Die Verteilung der Jahreszahlung 1931/32 verhält sich wie folgt: Es erhalten in Millionen Mark: Frankreich 838,4, England 302, Italien 190,8, Belgien 102,6, Jugoslawien 79,3, Japan 13,2, Portugal 13,2. Amerika hat auf Grund eines Sonderabkommens von Deutschland 66 Millionen Mark zu fordern.

Die Leistungen der übrigen Länder stellen sich wie folgt: Frankreich an Amerika 170, an England 255, zusammen 425 Millionen Mark. Dagegen erhält es von Deutschland 838,4, von Balkanländern 5,3, zusammen 843,7, so daß ein Ueberschuß von 418,7 Millionen Mark bleibt.

England an Amerika 674,9. Es erhält von Deutsch-

## Die unerträgliche Tributlast

Es war zu erwarten, daß der letzte große Krieg unabsehbare Folgen und langanhaltende Nachwirkungen haben wird. Auch damit war zu rechnen, daß die Sieger uns harte Bedingungen und Bedrückungen schonungslos aufzwingen werden. Was aber schließlich Wirklichkeit geworden ist, das übertrifft die schlimmsten Erwartungen und steht außerhalb jeder Berechnungsmöglichkeit. Die Besiegten drohen unter den ihnen aufgezwungenen Lasten zusammenzubrechen. Aber auch die Sieger können ihres Sieges nicht froh werden. Amerika nicht, das der wirtschaftliche Kuhnheiter des Krieges ist, und auch Frankreich nicht, das unverdient politischer Sieger wurde. Von den anderen, bei denen Einsatz und Gewinn sich nicht ausgleichen, ganz zu schweigen. Die den Besiegten aufgezwungenen Opfer sind zu groß, um getragen werden zu können. Und die Beute der Sieger ist zu groß, um eingebracht und nutzbringend verwendet werden zu können. Das raffiniert ausgedachte und in seiner Wirkung und Zweckbestimmung grausame Tributsystem wird zu einer gefährlichen Bedrohung der kapitalistischen Weltwirtschaft!

Es ist falsch — das muß immer wieder gesagt werden —, das von den phrasengewandten Franzosen geprägte Wort „Reparationen“ nachzujagen. Es ist politisch unklar, irreführend und unter Umständen schädlich, ganz bestimmt aber jählich unrichtig. Ganz abgesehen davon, daß diese Bezeichnung der auf Grund der Kriegsschuldfrage uns aufgezwungenen Verpflichtung zur Wiedergutmachung aller materiellen Kriegsschäden entspricht, also schon deshalb gemieden werden sollte, werden die uns abgepreßten Leistungen längst für andere Zwecke und nicht für solche der Wiedergutmachung verwendet. Das deutsche Volk soll die Schulden der Siegerstaaten bezahlen und bezahlen. Es soll die Kosten tragen, die den anderen durch die Vorbereitung und Durchführung des Krieges entstanden sind. Darüber hinaus sollen wir auch für die ungeheuren Beträge aufkommen, die hauptsächlich Frankreich für seine Rüstungen und die Bewaffnung seiner Besatzen ausgibt. Das ist die grausame und für ein freiheitsliebendes Volk unerträgliche Zweckbestimmung des Tributsystems, daß wir die Waffen bezahlen müssen, die zu unserer Bedrückung verwendet werden! Und das Demütigende ist, daß Völker, die kulturell viel tiefer stehen als unser Volk, an unsern Kosten gegen uns bewaffnet werden. Diese Verwendung eines erheblichen Teiles der Tributlasten ist zugleich eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise. Denn die Gelder, die uns abgepreßt und von Frankreich und anderen in Kriegswaffen gesteckt werden, sind, weil der Verwendungszweck unproduktiv, für die Gesamtwirtschaft verloren.

Es hat aus dem Ansehen, als ob das allmählich auch außerhalb Deutschlands anerkannt würde. Darauf läßt wenigstens der inzwischen viel erörterte Vorschlag des Präsidenten Hoover, noch mehr aber dessen Begründung und auch der Umstand schließen, daß demselben allgemein zugestimmt wurde. Allerdings mit Ausnahme Frankreichs und der unter französischer Souveränität stehenden Staaten. Frankreich hat der Bewirtschaftung des Hoover'schen Vorschlages in seiner ganz bescheidenen Art zwar grundsätzlich zugestimmt, praktisch jedoch Widerstand entgegengeleitet.

Die Gründe für den französischen Widerstand ergeben sich größtenteils schon aus dem vorhergesagten. Würden — wie seitens Amerika vorgeschlagen — alle Regierungsschulden, insbesondere aber die deutschen Tributleistungen — ein Jahr lang ruhen, dann müßte Frank-

reich auch seine Rüstungen für die gleiche Zeitdauer unterbrechen. Es könnte dann ebenso wie andere Länder von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen werden. Eine Unterbrechung der Rüstungen wäre aber auch im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz Frankreich sehr peinlich. Und schließlich ist es Frankreich, das einem alten französischen Plan entsprechend die Vorkherrschaft in Europa erstrebt, sehr unangenehm, daß Amerika in die europäischen Verhältnisse eingreift.

Amerika — womit hier immer die USA, die Vereinigten Staaten von Amerika gemeint sind — handelt dabei nicht aus Sympathie für Deutschland. Es handelt im eigenen Interesse, und da es der Hauptgläubiger, Deutschland der Hauptschuldner ist, zugleich auch in unserem Interesse.

Das Eingreifen Amerikas offenbart eindringlich die gefährliche Lage, in der wir uns befinden; der Widerstand Frankreichs aber die Schwierigkeiten, die der notwendigen Tributrevision entgegenstehen. Diejenigen, die eine Herabsetzung oder gar eine völlige Beseitigung der Tributlasten für eine dazu entschlossene Reichsregierung als leicht erreichbar hinstellen, sind durch das Verhalten Frankreichs gegenüber dem Hoover'schen Plan widerlegt. Denn wenn Frankreich sich schon gegen die Weltmeinung und das mächtige Amerika anlehnen kann — und es kann das! —, läßt sich leicht ausdenken, wie es sich verhalten würde, wenn das von ihm bedrückte Deutschland ohne Zustimmung und Mitwirkung anderer Staaten vorgehen würde.

Die praktische Bedeutung des amerikanischen Vorschlages ist bestimmt nicht so groß, wie im ersten Augen-

## Die bisherigen Reparationszahlungen Deutschlands

Deutschland hat bis zum Beginn der Youngplanzahlungen für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden ganz Ungeheures geleistet. Darauf muß von deutscher Seite immer und immer wieder mit größtem Nachdruck hingewiesen werden. Schon im Jahre 1924 schätzte der international anerkannte Volkswirtschaftler Lujo Brentano den Wert der Sachleistungen und Reparationszahlungen Deutschlands an die Alliierten auf mindestens 12 Milliarden RM. Schätzungen amerikanischer Volkswirtschaftler kommen bis zu jenem Zeitpunkt auf nur 6½ Milliarden RM. In Erfüllung des Dawesplanes zahlte Deutschland bis zum 31. August 1928 8 Milliarden, und im ersten Youngplan-

leistungen an Frankreich abgegeben worden. Man fragt sich nun, wie konnte das durch Krieg, Revolution, Inflation geschwächte Volk diese ungeheure Leistung vollbringen? Es war nur möglich, weil das deutsche Volk das arbeitssamste der Welt ist und den festen Willen hatte, sein möglichstes zu tun, um die Schäden des Krieges nach Kräften heilen zu helfen, um seine Freiheit in wirtschaftlicher Beziehung wieder zu erringen.

**Was hat Deutschland an die Siegermächte geleistet?**  
Eine Woche deutscher Kapitalnot: **zusammen rund 34½ Milliarden**

ca. 25 Milliarden  
Nov. 1918 - Dez. 1922  
Nach amerikanischer Berechnung

ca. 1½ Milliarden  
Rubel-Einbruch  
Jan. 1923 - 31. Aug. 1924  
In 6 Dawes-Jahren  
4. September 1924

ca. 8 Milliarden  
in 6 Dawes-Jahren  
4. September 1924  
31. August 1928

jahre wurden zusammen mit dem Uebergangshalbjahr bis zum 31. März 1931 2½ Milliarden RM bezahlt. Hätte Deutschland all diese Summen in barem Goldwert bezahlen müssen, so wäre der monetäre Goldbestand der ganzen Welt schon einmal in den letzten 10 Jahren in dem Feß Deutschland gewesen und nach Amerika und Frankreich weitergeleitet worden. Jedoch sind mindestens zwei Drittel der bisher bezahlten Summen in Sach-

land 362, Frankreich 255, Italien 86,8, zusammen 703,8 und somit einen Ueberschuß von 28,9 Millionen Mark.

Italien an Amerika 38,2, an England 86,8, zusammen 125,0 Millionen Mark. Es erhält von Deutschland 190,8, so daß ihm ein Ueberschuß von 65,8 Millionen Mark verbleibt.

Belgien hat 32 Millionen Mark zu zahlen und erhält 102,6, so daß ein Ueberschuß von 70,6 Millionen Mark bleibt. Jugoslawien hat 9,5 Millionen zu zahlen, hat also einen Ueberschuß in Höhe von 69,8 Millionen Mark.

Ein Zahlungsjahr hat also für die Vereinigten Staaten einen Einnahmeausfall von 942 Millionen Mark zur Folge, und zwar ohne die direkten deutschen Zahlungen. Nach ihm wäre Frankreich am meisten betroffen worden, das sich aber durch seinen Widerstand vorläufig noch zu schützen wußte.

Mag nun der Hoover'sche Vorschlag in dieser oder jener Form verwirklicht werden: worauf es hier ankommt, war ein Versuch, die Dringlichkeit sowohl als die Schwierigkeit einer Tributrevision mit Zahlen zu beweisen. Und doch muß alles darangelegt werden, Erleichterungen zu erreichen. Das wird aber nicht allein von der Geschicklichkeit der Reichsregierung, sondern auch davon abhängen, ob unbeschadet der parteipolitischen und weltanschaulichen Gegensätze diese schicksalsschwere Aktion von dem nationalen Willen des ganzen Volkes getragen wird; ob das deutsche Volk Vertrauen zu sich selbst und das Ausland Vertrauen (und auch moralischen Respekt) gegenüber Deutschland hat. Ein in einem Ziel einiges deutsches Volk vermag viel. Ein parteipolitisch verhetztes aber ist machtlos.

### An die Unorganisierten

Man sollte es nicht für möglich halten, daß, nachdem die Gewerkschaften jahrzehntelang den Kampf geführt haben um die Hebung des Arbeiterstandes, es immer noch so viele gibt, die abseits stehen. Das heißt mit den anderen nicht mittun wollen. Der Erfolg dieser jahrzehntelangen Arbeit dürfte zur Genüge die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation bewiesen haben. Fragen wir nun nach dem Grunde des Fernbleibens so vieler, dann stellt sich heraus, daß es entweder Unkenntnis, Gleichgültigkeit, Verärgerung oder sogar Boswilligkeit ist, die hier eine Rolle spielen.

Unfähig einer Streikversammlung, an der auch unorganisierte Kollegen teilnahmen, sprach ich die Bitte aus, mir einmal zu sagen, weshalb man solange der Organisation ferngeblieben sei. Man horchte auf! Jeder wollte hören, was einem da alles vorgetragen werden würde. Die Antwort ließ auf sich warten. — Stillschweigend füllte man den Aufnahmefähigkeit aus. Aus den Gesichtern konnte man lesen, daß sich die Kollegen klar darüber waren, daß es nicht richtig war, bis dahin der Organisation ferngeblieben zu sein. Einer der älteren Kollegen gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß die bis dahin Unorganisierten hier in der Versammlung so merklich ruhig seien, während das Schimpfen auf den Baustellen über die Gewerkschaften kein Ende nähme. Es ist zuzugeben daß es sich in diesem Falle um jüngere Kollegen handelte, denen es an Erfahrung fehlte. Jedenfalls hatten sie geglaubt, daß die Lohnbewegung vom Schlichter ausgehe, der Sprüche fällte und sie für verbindlich erklärte, so daß sich die ganze Angelegenheit von Staats wegen regelte. Die diesjährige Lohnbewegung hat ihnen allerdings etwas Anderes gezeigt, denn es mußte an den verschiedensten Orten unseres Bezirkes gestreikt werden, um überhaupt zu einem Lohnantrag zu gelangen. Aber auch die Verbindlichkeitserklärung reicht noch nicht hin, um die Arbeitergebeher allgemein zur Auszahlung der durch Schlichterspruch vorgesehenen Löhne zu zwingen. Dazu braucht man die Allgemeinverbindlichkeitserklärung oder sozial gewerkschaftliche Macht, um die Löhne zu erzwingen. Auf einmal fühlt man, daß es ohne Streik nicht geht und da empfindet man erst die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. In demselben Augenblick dürfte den Kollegen zum Bewußtsein gekommen sein, daß jeder Stand das ist, was er aus sich macht, und daß mit der Lohnfrage die Kulturfrage recht eng verknüpft ist. Anders ist es mit den Gleichgültigen die im wahren Sinne des Wortes Proleten sind, und in allen sozialen Zuständen dahingevegetieren und nicht den Mut zum opferbereiten Zusammenschluß und zur Solidarität aufbringen.

Es gibt aber auch solche, die meinen, dem Verbande fernbleiben zu müssen, weil von Verbands wegen nicht dafür Sorge getragen würde, daß z. B. die Städte für die Kollegen, die von auswärts kommen, abgeriegt werden. Nie und nimmer wird ein Gewerkschaftler, der solidarisch denkt, etwas so Selbstsüchtiges unterstützen. Wir leben nicht ein, woher wir das Recht nehmen sollen, den Kollegen, die auf dem Lande wohnen, mindere Rechte zuzubilligen als den übrigen, denn alle haben letzten Endes ein Recht auf Arbeit und Brot und auch ein Recht darauf, dieselbe zu suchen, wo sie sie finden können.

Noch eine Gruppe darf nicht verschont bleiben. Das sind diejenigen, die da ernten, wo die anderen gesät haben, obgleich sie wissen, daß niemals eine Ernte wächst, ohne daß eine Sichel gelegt wurde, d. h. sie wissen, daß man sähen muß, wenn man zu Recht ernten will. Es gibt nicht viele unter ihnen, die so ehrlich sind, dieses einzugehen. Zu ihrer Verteidigung führen sie alle möglichen

### Am 15. August 1931 ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

und unmöglichen Dinge ins Feld. Aber auch diese dürfen wir nicht für die Organisation verlorengelassen. Ein ständiges Vorhalten ihres Vergehens an der aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft wird auch sie eines Tages erkennen lassen, daß man durch gemeinsames Wirken schneller und sicherer zum Ziele kommt. Stähler.

### Worum es jetzt geht

Betrachtungen zur Vertagung des Verbandstages.

In der letzten Nummer der „Bauergewerkschaft“ wird allen Verbandsmitgliedern mitgeteilt, daß Hauptvorstand, Verbandsauschuß und Bezirksleiter die für den 17. August nach Köln einberufene 16. Generalversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt haben. Die Gründe, die hierzu im einzelnen geführt haben, sind sehr schwerwiegender Art. Haben sich doch die politischen, vor allem die wirtschaftspolitischen und finanziellen Verhältnisse in den letzten 3 bis 4 Wochen grundlegend verändert. Recht anschaulich wird dieses in der vorigen Nummer dargelegt.

Man konnte sicher verstehen, daß allerwärts im deutschen Lande von unseren Mitgliedern der Verbandstag herbeigewünscht wurde, um zu wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Fragen Stellung zu nehmen. Vor allem auch waren es organisatorische Dinge, die in der Hauptsache dafür mitsprachen. Das bekräftigten die mannigfaltigen Anträge. — Dennoch bin ich fest davon überzeugt, daß alle Mitglieder die völlig veränderte Situation anerkennen. Ueberlegen wir doch nochmals! Eine Verbandsgeneralversammlung muß für drei Jahre Beschlüsse fassen. Das ist aber nur dann möglich, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse klar und übersichtlich sind. Heute, wo wir gar nicht wissen, was die nächsten Monate bringen, fehlt jede Sicht, um weitblickende Verbandsarbeit auf der Generalversammlung zu leisten. Darauf kommt es aber doch an. Bei der heutigen Lagerung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Verhältnisse und der Tatsache, daß vorerst eine eindeutige Klärung nicht zu erwarten ist, wäre dem Verbandstag jeder praktische Erfolg seiner gewiß schweren Arbeit einfach verjagt geblieben. Die Folge wäre gewesen, daß die Verbandsdelegierten in ganz kurzer Zeit schließlich noch einmal zusammentreten müßten, um wieder neue Beschlüsse zu fassen. Schon einmal hatten wir eine ähnliche Situation, und zwar nach dem Karlsruher Verbandstag. Die dort gefaßten Beschlüsse erwiesen sich teilweise als für den Verband nicht tragbar. Eine außerordentliche Generalversammlung in Barmen wurde notwendig, um die elementarsten Lebensfragen der Organisation zu wahren. Eine Wiederholung dieses Vorganges mußte vermieden werden. Daher können alle Verbandsmitglieder den Beschluß der Verbandsinstanzen durchaus begrüßen. Bei der vollständig unklaren Wirtschaftskonstellation sind unserem Verbands zudem auch noch Kosten erspart geblieben. Wir hoffen, daß es dem entschiedenen Willen der Reichsregierung gelingt, in absehbarer Zeit wieder geordnete wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu schaffen. Dann wird die Generalversammlung fraglos positive Arbeit leisten können.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen zur Vertagung des Verbandstages sei zu einigen grundsätzlichen Fragen etwas gesagt. — Eine ganze Anzahl Anträge zum Verbandstag sahen Erhöhung der Unterstützungen vor. Es dürfte nach den Mitteilungen des Hauptvorstandes an die Verwaltungsvorstände inzwischen allen Vorstandsmitgliedern klar geworden sein, daß es schlechterdings unmöglich ist, bei der katastrophalen Arbeitslosigkeit wesentliche Unterstützungserhöhungen vorzunehmen, wodurch letztlich der eigentliche Zweck der Berufsorganisation leiden muß. Wir müssen unter allen Umständen das Ur- und Hauptziel unseres Verbandes im Auge behalten. Als Interessensvertretung unserer Mitglieder wurde er vor mehr als 30 Jahren gegründet. Nicht darum, um später in einer Unterstützungsorganisation aufzugehen. Mehr denn je ist es notwendig, heute darauf hinzuweisen, warum wir Gewerkschaften und erst recht christliche Gewerkschaften schützen. Bei all der Sorge und dem Elend unserer Tage darf der Blick für die gesteckten Ziele und Aufgaben nicht verlorengelassen. Wohin eine Organisation kommen kann, wenn man überspannte Unterstützungserhöhungen schafft, sehen wir bei der großen Kontarzenz. Wir dürfen nicht in denselben Fehler verfallen, sondern müssen mit realen Verhältnissen rechnen, dann fahren wir stets gut. Freilich ist dieses zuweilen bitter oder hart, bewahrt uns aber vor Enttäuschungen. Die Vergangenheit ist auch hier die beste Lehrmeisterin. Die in den Sagenen enthaltenen Härten lassen sich auch ohne Generalversammlung mildern. Als solche betrachte ich die öftere Karenzzeit während einer Unterstützungsperiode und die Nichtanzrechnung der inzwischen geleisteten Beiträge.

Eine andere für manche Kollegen ausserordentlich wichtige Frage, soweit dieses wenigstens aus den gestellten Anträgen heraus zu lesen war, bildeten gewiß die Gehälter der Angestellten. Rot kann verbittern, sie darf aber nicht ungerecht machen. Diese Anträge gingen sicherlich von der Voraussetzung aus, daß die hauptamtlich angestellten Kollegen bisher noch keinerlei Opfer für die Organisation

gebracht hätten. Dem ist nicht so! Seit mehr denn einem Jahre nahmen die Verbandsangestellten ein freiwilliges Opfer zugunsten des Verbandes auf sich. Durch den Lohnabbau in diesem Frühjahr erfuhren die Gehälter eine nochmalige Senkung. Infolge der Notverordnung trat eine weitere Kürzung durch die Krisensteuer ein. Und den Verwaltungsvorständen ist inzwischen von wesentlichen Einschränkungen außerdem berichtet worden. Die Angestellten des Verbandes nahmen also gern ein erhöhtes Opfer auf sich, ohne daß es hierzu besonderer Anträge und angestrebter Redeschlachten auf der Generalversammlung bedurfte. Hoffentlich sehen alle Mitglieder dieses auch ein und scharen sich nun erst recht um ihre örtlichen, bezirklichen und zentralen Führer. Dann meistens wir bestimmen die kommenden Dinge, mögen diese herkommen, wo sie wollen.

Notwendig ist ferner, auf die großen Gefahren hinzuweisen, die aus dem Darniederliegen der Bauwirtschaft droht. Wir christlichen Bauarbeiter, die wir im Reichsdurchschnitt fast zu 65 Prozent, im Industriegebiet zu rund 75 Prozent, arbeitslos sind, rufen allen maßgebenden Körperschaften laut und vernehmlich zu:

Gebt der deutschen Bauarbeiterschaft Arbeit und Verdienst!

Mit diesem Problem steht und fällt unser Beruf. Wir dürfen zu den Verbandsinstanzen das aufrichtige Vertrauen haben, daß sie die Reichs-, Staats- und Kommunalstellen, aber auch die breiteste Öffentlichkeit immer wieder auf diese Dinge hinweisen und eine Belebung des Baumarktes fordern. Auch bei diesen Instanzen muß sich allmählich diese Erkenntnis Bahn brechen, daß wir sonst einfach verzweifeln müßten.

Eine weitere sehr ernste Frage, die uns Bauarbeiter im Rahmen der Gesamtbewegung interessiert, ist der allgemeine Ansturm der Groß- und Schwerindustrie und der vereinten Scharmacher auf die erarbeiteten Rechte der deutschen Arbeitnehmererschaft. Auslassungen prominenter Führer der Wirtschaft und Hochfinanz zeigen, wohin die Reise gehen soll. Aber auch die Reden namhafter Wissenschaftler lassen aufhorchen, nach welcher Richtung der junge Student an den deutschen Universitäten und Hochschulen herangebildet werden soll. Es ist Gefahr im Verzuge für die sozialen Rechte der Arbeiterschaft! Das gilt auch hinsichtlich des Tarif- und Schlichtungswesens. Hier glauben die Scharmacher ihre Stunde angefaßt der ungeheuren Arbeitslosigkeit für gekommen, um die deutsche Arbeiterschaft wieder in die frühere Abhängigkeit zurückzuwerfen. Wir Bauarbeiter als Pioniere und Schrittmacher in allen sozialwirtschaftlichen Fragen haben hier erst recht auf dem Posten zu sein. Mit nicht minderer Nachdrücklichkeit verlangen wir christlichen Bauarbeiter die Beseitigung der Ungerechtigkeiten in der neuen Notverordnung. Ein einziger Ausschrei ging durch die ohnehin ausgemergelten Bauarbeiterfamilien, daß die völlig unzulängliche Arbeitslosen- und Krisenunterstützung eine weitere Kürzung erfahre. Hier verlangen wir Bauarbeiter Gerechtigkeit. Die familiären Verhältnisse bei den meisten unserer Mitglieder sind infolge der langen Arbeitslosigkeit zum Verzweifeln. Die Reichsregierung muß sobald als möglich eine soziale Aenderung für die Bauarbeiter finden.

Alles in allem: Die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Zustände sind äußerst ernst. Noch nie waren die Verhältnisse so angespannt und nervenerregend für ganz Deutschland und seine einzelnen Organe als jetzt. Auch für uns christlichen Bauarbeiter steht ungeheuer vieles auf dem Spiel. Es kommt heute nicht zuerst darauf an, über den einen oder andern materiellen Punkt in der Verbandsführung zu entscheiden, sondern es geht jetzt um den Bestand der Bauwirtschaft, unsere sozialen Rechte und Versicherungen und damit unsere eigene Existenz. Von diesen Gesichtspunkten aus müssen wir die jetzigen Zustände in der Wirtschaft und in der Politik beurteilen. Hierzu gehört erst recht in dieser ungeheuren trostlosen Zeit, daß das letzte Mitglied sich frei von Resignation und verzehrendem Pessimismus mit allen Fasern seines ganzen Seins für die Organisation betätigt. Nur dann, wenn Angestellte, Vertrauensleute und Mitglieder unseres Verbandes in diesem Sinne auch in dieser schwierigen Zeit wirken, dürfen wir die Hoffnung haben, eine bessere Zukunft für uns zu erreichen. Josef Einig.

### Zum Nachdenken

... Man könnte sich ja denken, daß es auch heute noch Existenzen gibt, die in der Bedürfnislosigkeit eines Diogenes das höchste Erdenglück sehen. Dahin würde man ja bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaft schwer gelangen können, wenn nicht die Begehrlichkeit der Massen bewiese, daß man bei ihnen von der seligmachenden Bedürfnislosigkeit nichts wissen will. Es ist also verkehrt, wenn durch eine falsch angebrachte Sparsamkeit die Arbeit wirklich produktiver Kräfte ausgeschaltet wird. Im Gegenteil sollte man bemüht sein, den Arbeitgebern Anreiz zu geben, für diese Kräfte Arbeit zu schaffen. Dazu gehört aber vor allen Dingen das freie Recht auf Arbeit, also das Recht auf Arbeit, das durch keinerlei Tarifverträge und dergleichen erdroffelt wird.

(Aus dem Geschäftsbericht des Deutschen Industrieschutzverbandes, „Industrieschutz“ Nr. 232, Juli 1931. Sperrungen von uns. Red.)

### Rundschau

#### Gute Entwicklung des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes

Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter legt seinen Jahresbericht für 1930 vor. Trotzdem am Jahreschluss nur noch 41 Prozent der Mitglieder voll arbeiteten (bei den Steinarbeitern der Eis- und des Westfalens betrug die Arbeitslosigkeit teilweise bis zu 90 Prozent), ging die Mitgliederzahl um nur 119 von 68 119 auf 68 000 zurück. Dagegen stieg die Zahl der verkauften Beitragsmarken um 26 378 auf 3 113 136. Die Gesamteinnahmen betrugen 3 675 065,08 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 2 906 186,47 M., davon 828 506,20 M. für Unterstützungen. Das Verbandsvermögen stieg um 243 276,31 M. auf 2 623 654,90 M. Es mussten im Berichtsjahre 251 Lohnbewegungen geführt werden. Die Zahl der Tarifverträge konnte von 395 auf 406 erhöht werden. Davon sind 17 Reichs-, 111 Bezirks-, 87 Orts- und 191 Betriebsarbeitsverträge. Es wurden 64 882 Auskünfte erteilt, 30 535 Schriftsätze angefertigt und 9983 Termine wahrgenommen. Der ausführliche Bericht zeigt eine intensive und erfolgreiche Arbeit im Interesse der Mitglieder.

#### Wer ist Wohlfahrtserwerbsloser?

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat, wie die Wohlfahrtserwerbslosen, mitteilt, neue Richtlinien für die monatlichen Statistiken der Wohlfahrtserwerbslosen aufgestellt. Dabei sind die Erfahrungen, die bisher bei der Durchführung gemacht wurden, berücksichtigt worden. Als Wohlfahrtserwerbsloser gilt danach, wer arbeitsfähig im Sinne des Paragraphen 88 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung usw. ist, weder versicherungsmäßige Arbeitslosen- noch Kriegunterstützung bezieht, laufend aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützt wird, und als Arbeitsloser in dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes steht. Nicht zu den Wohlfahrtserwerbslosen gehören nach den neuen Richtlinien Kranke, die nicht nur vorübergehend arbeitsunfähig sind, und die Wöchnerinnen; die Empfänger von Renten aus der Sozialversicherung, die die Rente wegen einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 66 Prozent oder wegen Erreichung des 65. Lebensjahres beziehen; Kleinrentner, Arbeitslose, die eine Rente von 60 Prozent und mehr nach dem Reichsversorgungsgesetz und dem Offizierpensionsgesetz oder in anderem Zusammenhang erhalten; Arbeitslose, die weniger als ein Drittel arbeitsfähig sind; Arbeitslose, für die in der Arbeitslosenversicherung oder Kriegfürsorge eine Sperrfrist läuft; ausständische oder ausgeperrte Arbeitslose; die Hauptunterstützungsempfänger, die zuzügliche Wohlfahrtserwerbslosen erhalten; Arbeitslose, die während der Wartzeit Wohlfahrtserwerbslosen beiziehen; unterstützte Kurzarbeiter, die gleichzeitig Wohlfahrtserwerbslosen erhalten.

#### Von den Arbeitsstellen

Effen. Im „Grundstein“ Nr. 31 entrümpelt sich ein Berichterstatter aus Effen, daß am Neubau der katholischen Kirche in Altenesson nur christlich organisierte Leute beschäftigt wurden. Auf Veranlassung eines christlichen Gewerkschaftsführers habe ein freigeorganisierter Maurer, der auch katholisch sei, die Arbeitsstelle verlassen müssen. Unwahrscheinlich! Der betreffende Maurer ist lediglich von dem Unternehmer zu anderen Arbeitsstellen geschickt — also nicht entlassen — und hat zwischenzeitlich immer wieder an der Kirche gearbeitet.

Dem christlichen Gewerkschaftsführer muß es ebenso annehmbar bleiben, wie den Agitatoren der freien Gewerkschaften auf den einzelnen Bauten die Organisationszugehörigkeit festzustellen. Daß der Bauherr, der Kirchenbauverein dem Bauherr entsprechend christlich gesinnte Arbeiter beschäftigt, ist kein gutes Recht und nichts anderes. Der sozialistische Konsumverein „Eintracht“ verpflichtet bei seinen Bauten die Unternehmer ausdrücklich, nur freigeorganisierbare Arbeiter zu beschäftigen. Was man also für sich selbst in Anspruch nimmt, sollte man bei milderer Anwendung durch andere nicht kritisieren. Im Interesse der Gemeinschaftsarbeit und aus Rücksichtungsgründen haben wir im Laufe der letzten Jahre auf Bauten, die nach sozialistischem Sprachgebrauch doch der Verdammung dienen, in duldsamer Weise gewirkt. Wir können hierfür mit einer Reihe von Beispielen und mit ganz respektablen Prozentzahlen dienen. Im Gegensatz hierzu ist aus San der Sparrasse die Beschäftigung christlich organisierter Bauarbeiter ausgeschlossen, obwohl doch auch die christlich organisierten Gewerkschaftler ihr Geld zur Sparrasse bringen. Der uns erteilte gute Rat auf Nachdenklichkeit wolle also von der Gegenseite nur selbst ausgeht werden, dazu ein kräftiger Schuß Nachdenklichkeit, dann wird es der Indianergeschichten im „Grundstein“ nicht mehr bedürfen.

Wagen i. Erg. Im hiesigen Stadtbad wurden jetzt der erste Zimmerleute beschäftigt. Mit dem Bemerkten, der Betriebsausschuss der Stadt Lagan könne keinen Tariflohn zahlen, wurde ein niedrigerer Satz ausgezahlt. Ein bei uns organisiertes Kollege war mit diesem „billigen“ Betrag durchaus nicht einverstanden und schlug der Belegschaft vor, sich eine Betriebsvertretung zu wählen. Der betreffende Kollege wurde dann zum Delegierten gewählt. Er verlangt nun für die Zimmerer den tariflichen Lohn, was aber von Herrn Stadtrat Hoffmann abgelehnt wurde. Unser Verband übergab nunmehr die Sache unserem Kollegen dem Arbeitsgerichte, wo ein abgelehntes Urteil erteilt wurde. Der Lohn wurde dann

nachgezahlt. Die Kollegen der freien Gewerkschaft aber erklärten, nicht klagen zu wollen, da sie sonst in Lagan keine Arbeit mehr bekämen.

Ergänzend ist zu bemerken, daß der Bezirksausschuss sowie Herr Stadtrat Hoffmann der Sozialdemokratischen Partei angehören. Was sagen die freien Gewerkschaften dazu, wenn ihre eigenen Gewinnungsfreunde als Arbeitgeber einfach unter Tarif zahlen? Hat die Bejorgnis der Kollegen des freien Verbandes, daß ihnen die Arbeit unterbunden würde, wenn sie den Tariflohn verlangen, realen Hintergrund? Wenn ja, dann ist die Agitation der Partei und Gewerkschaft, denen diese Herren selbst angehören und die immer Freiheit, Freiheit und nochmal Freiheit rufen, alles andere als ehrlich.

G. Jahre.

#### Aus dem Verbandsleben

Magdeburg. In unserer Mitgliederversammlung am 10. Juli be sprach Kollege Jahre-Leipzig die neue Notverordnung und ihre Auswirkungen für die Arbeitererschaft, insbesondere für uns Bauarbeiter. Die volksübliche Auffassung, die Bauarbeiter als Saisonarbeiter zu betrachten, ist falsch. In der heutigen schlechten Wirtschaftslage ist jeder Beruf ein Saisonberuf geworden. Die Krisenlohnsteuer ist eine weitere Härte der Notverordnung. Die Versammlung erhob schärfsten Protest gegen diese Ungerechtigkeiten. Baldige Wänderung ist notwendig. In diesem Sinne wollen wir an der Stärkung unseres Verbandes weiter arbeiten.

Lh. Jork.

Ochsenleben. Am Sonntag, den 12. Juli haben wir uns von einer Ortsgruppe der Verwaltungsstelle Halle zur selbstständigen Verwaltungsstelle umgebildet. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Kollege Hans Büschleb, zum Kassierer Kollege A. Mrosek. Dann behandelte Kollege Jahre-Leipzig die Notverordnung. Wir haben uns gegen den Saisonarbeiterbegriff zu wehren. Jeder Beruf ist heute Saisonberuf. Die Krisenlohnsteuer und der Saisonarbeiterbegriff in der Arbeitslosenversicherung, die ungerechte Verteilung der Lasten müssen geändert werden. Mit dem Wunsche, daß unser Verband auch in Ochsenleben weiter aufwärts steigt, wurde die Versammlung geschlossen.

Münster i. W. Anlässlich des 30jährigen Bestehens unserer Verwaltungsstelle hielten wir eine Familienfeier mit Ehrung von 10 Jubilaren ab. Die zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren Angehörigen konnten sich von der Leistungsfähigkeit des Trommlerchors der Jugendabteilung überzeugen. Verlobung, Preissegeln und Kinderbezeichnung führten durch die hierbei üblichen Ueberrassungen zu einer gehobenen Stimmung. Die offizielle Feier eröffnete Vorsitzender Kollege Dunebrink mit einer Begrüßungsansprache, worauf ein herzlich bedankter Prolog des Jungkollegen Koch folgte. Bezirksleiter Kollege Stähler beglückwünschte die Jubilare und ihre Frauen im Namen des Hauptverbandes und des Bezirkes. Er ließ Wesen und Werden des Verbandes nochmals in kurzen Zügen an unseren Augen vorbeiziehen und behandelte dann die Schwierigkeiten der Jetztzeit. Seine ermahnenden Worte an die Jugend, den älteren Kollegen in der gewissenhaften Verbandsarbeit nachzuahmen, fanden begeisterte Zustimmung. Den Jubilaren wurden Diplom und Ehrennadel überreicht und ein Hoch auf ihre Gesundheit und weitere gewerkschaftliche Treue ausgebracht. Es wurden geehrt die Kollegen: Hubert Bolander, Maurer, Jakob Bragardt, Studateur, Paul Bujje, Studateur, Peter Heitbrock, Maurer, Heinrich Hoves, Maurer, Johann Hellwig, Maurerpolier, Bernhard Korte, Maurer, Heinrich Knaup, Zimmerer, Jakob Müller, Maurer, Hermann Rohert, Zimmerer. — Die Feier wird sicher als Bindemittel für unseren gewerkschaftlichen Zusammenhalt nachwirken.

Heilsberg. Unsere Verwaltungsstelle beging am 26. Juli ihr 25. Stützungszeit, verbunden mit der Fahnenweihe. Nach einem Festumzug, an dem sich alle Bruderverbände und befreundete Vereine Heilsbergs und mehrere Abordnungen aus anderen Städten beteiligten, wurde die Fahne von Kollegen Grabowski-Altenstein mit einer Weiherede der Verwaltungsstelle übergeben. Die Veranstaltung zeigte erneut, daß sich der christliche Bauarbeiterverband in Heilsberg Geltung und Achtung verschafft hat. Nicht nur, daß die ganze Bevölkerung regen Anteil an dieser Feier nahm, auch der Bürgermeister der Stadt ließ sich nicht nehmen, selbst an der Spitze des Zuges zu marschieren. In der weiteren Feier nahmen auch der Landrat des Kreises Heilsberg, die Geistlichkeit, Vertreter anderer Körperschaften und Arbeitgeber teil. Sehr zum Vergern der Genossen, die am gleichen Tage ihre Fahnenweihe auf dem Marktplatz abhielten und dabei ein unmotiviertes Geschimpfe auf die „Christen“ vom Stapel ließen.

Nach Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden, Kollegen Sobokli, schilderte dieser Gründung und Werdensgang der Verwaltungsstelle und gedachte der Gründer und Verstorbenen, die geehrt wurden.

Beiträge der Seiansabteilung des Katholischen Gesellschafters fanden freudigen Beifall. Kollege Grabowski schilderte in der Festansprache die zähe und selbstbewusste Arbeit der christlichen Arbeiterbewegung, die jeder Situation gewachsen ist und auch heute, in allerhöchster Zeit, die einzige Bewegung ist, die durch ihre klare und sichere Gewerkschaftspolitik die Arbeiter zu führen im Stande ist. Sechs Jubilare, die seit Gründung Mitglieder sind, konnten durch Diplom und Abzeichen geehrt werden. Es sind dies die Kollegen: Josef Erdmann, Karl Lehmann, Anton Puppli, August Bauer, August Hönig und Otto Blod. Erprieelter Bauholz; beklüwortete die Verwaltungsstelle im Namen der Gäste und Behördenvertreter und ermahnte

die christlichen Arbeiter, auch fernerhin treu zu ihrer Bewegung zu halten.

Nachen. Am 28. Juli hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung, verbunden mit Ehrung nachgenannter Jubilare ab: Mitt. Jansen, Studateur; Konr. Nassen, Maurer; Herm. Kuche, Tiefbauarbeiter. Kollege Himmerich hielt eine kurze eindrucksvolle Festrede, wobei er die Vergangenheit seit der Gründung unseres Verbandes streifte. An Hand von Tatsachematerial schilderte er die Kämpfe, die gegen die Arbeitgeber und Behörden und nicht zuletzt gegen den Terror der gegnerischen Organisation geführt werden mußten. Heute sind wir zu einer Macht herangewachsen, die von den Unternehmern und allen Gegnern geachtet wird. Am Schlusse seiner Ausführungen dankte er im Namen des Vorstandes und aller Kollegen den Jubilaren für die Mitarbeit und ihre Opfer in den 25 Jahren der Verbandzugehörigkeit. Den jüngeren Kollegen stellte er die Jubilare als Vorbild dar. Nachdem den Jubilaren die Ehrenurkunde und Silbernadel überreicht war, dankten alle drei Kollegen und gelobten, nach wie vor treue Mitglieder des Verbandes zu bleiben. Anschließend machte Kollege Himmerich noch einige Ausführungen über die Behandlung der Saisonarbeiter durch die Notverordnung und sprach die Hoffnung aus, daß es den Bemühungen des Verbandes gelingen möge, hier Verbesserungen zu erreichen.

#### Sterbetafel

Am 24. Juli starb unser langjähriges Mitglied, der Maurerpolier Gerhard Deppenbrod, im Alter von 73 Jahren an Arterienverkalkung.

Verwaltungsstelle Münster.

Am 4. August starb unser treuer Kollege der Maurerpolier Wilhelm König im 67. Lebensjahre an einem Magengeschwür.

Verwaltungsstelle Münster (Poliere).

Ehre ihrem Andenken!

In 3 Tagen  
**Nichtraucher**  
Auskunft kostenlos!  
Sanitas-Depot,  
Halle a. S. 347 A.

**Bauschule** Kürzeres Studium  
Hoch- und Tiefbau, Eisenbeton, **Detmold 1**  
Lehrplan frei

Leff  
den  
**Deutschen**

**Original M. Mosberg**  
Die beste **Berufskleidung**  
Die unerreichten **Werkzeuge**  
Neue Preis-Liste verlangen  
Direkter Versand nur ab Bielefeld  
**Fa. M. Mosberg, Bielefeld**  
Jöllenbeckerstraße 5

**Sonder-Angebot in Berufskleidung!**  
Blauer Arbeitsanzug aus allerbestem Haustuch oder ganz prima Körperdrell, waschecht ..... **6.50**  
Blauer Arbeitsanzug aus extra schwerem unverwüstlichen Körperdrell, waschecht ..... **7.50**  
Jacke oder Hose allein je die Hälfte!  
Jacke hat 2 Seiten- und 1 Brusttasche, Hose 2 Taschen.  
Sonntagshose gute solide Qualität, wundervolle Streifenmuster mit Hintertasche ..... **6.50**  
Mantelshose äußerst strapazierfähige kräftige Ware, 9.00  
oliv, braun, schwarz, grau mit Messertasche  
Versand ab 4 10.- per Nachn., verpackungsfrei, ab 4 20.- portofrei.  
Bei Nichtgefall. Geld zurück. Auf Wunsch ausführl. Preisliste mit Muster.  
**Mergler & Co., Mech. Berufskleidfabrik, Würzburg 304.**

Roman Gronlich  
Beitragsmarken  
BERLIN NO 43  
Collnowstraße 12

**Riesenerleistung!**  
Jeder rauche Stumpfen  
**Zigarette**  
Aus best. übersehbar, 8,5 cm groß, 100 St. nur M 5.-, Rauchtabelle v. M 1.- p. Pfd. an geg. Nachn. Preis, gratis Zigarettenfabrik, Gebr. Weckmann, Hanaa - 16

Spezialfabrik für Berufskleidung  
**LOUIS MOSBERG**  
Arbeitsgarderoben „mit der Wasserwaage“  
sind allen voran  
Große Lager in La Kallen, echte Teakholzwasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es nur nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, doch fordern Sie vor Auftragserteilung vllig umsonst meine Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. Louis Mosberg, Bielefeld 5, Breitestraße 44.

#### Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbauholz



Marke „Teakin“  
cm 30 40 50 60 70 75 80 90 100  
RM. 2.20 2.50 2.70 2.90 3.10 3.30 3.50 3.75 4.50  
Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke.  
Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis.  
Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch **Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60**